

P R O T O K O L L
der 308. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 20. März 2007
Zeit	19.30 – 20.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künzi-Egli Barbara
Mitglieder	Aebersold Jürg, Aebi Florian, Aeschimann Pia, Bärtschi Markus, Beck Jolanda, Bettler-Suter Verena, Brüngger Samuel, Chételat-Dangel Caroline, Friedli Rolf, Gantner Urs, Graham Marina, Grubwinkler Ralf, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Lehmann Beat, Mallepell Elisabeth, Manz-Tanner Judith, Marti Beat, Meyer Roland, Müller Maja (ab 20.30 Uhr), Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Staub Bettina, Stauffer Nando, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerInnen	Ruta Francesca, Wenger-Kupferschmied Ursula
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Hanke Thomas (ab 19.50 Uhr), Gubler-Geelhaar Patricia, Mangold Kathrin, Pulver-Schober Beatrice, Stalder-Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	Cadetg-Hafen Ruth, Gossweiler-Ebnetter Isabelle, Loosli Marc, Ziberi Johanna
Protokoll	Laager Simon, Stv. der Gemeindeschreiberin

Geschäfte 10

Traktanden

- 1 Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2007
- 2 Kommission für Kindergarten und Schule; Ersatzwahl
- 3 Sportkommission; Ersatzwahl
- 4 Erneuerung der Subventionsverträge gemäss Kulturförderungsgesetz (KFG) mit den bedeutendsten kulturellen Institutionen in der Stadt Bern; Vertragsperiode 2008 - 2011
- 5 Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri; Abrechnung des Objektkredits
- 6 Sanierung Kindertagesstätte Meisenweg 12, Gümligen; Abrechnung des Objektkredits
- 7 Tagesschule Muri bei Bern; Abrechnung des Objektkredits für die Einrichtung und den vierjährigen Versuchsbetrieb
- 8 Jugendmotion betr. gedeckte Veloständer
- 9 Interpellation Forum-Fraktion betr. geringfügige Änderung Zonenplan und Baureglement gemäss Art. 122/BauV
- 10 Neue parlamentarische Vorstösse

Mitteilungen

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest und informiert, das Büro des Grossen Gemeinderates habe einen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates erhalten, mit welchem verlangt werde, ein Stehpult mit Mikrofon einzurichten. Dieser Antrag werde in technischer und kostenmässiger Hinsicht geprüft. Für die heutige und auch die zukünftigen Sitzungen bitte sie die Mitglieder, die Voten laut und deutlich vorzutragen.

Hans-Rudolf Saxer informiert als gemeinderätlicher Sprecher, an der Januar-Sitzung sei über das weitere Vorgehen und den Zeitplan im Zusammenhang mit der Volksinitiative Gümligenfeld orientiert worden. Er könne dazu ergänzende Detailangaben liefern. Das Mitwirkungsverfahren werde am Mittwoch, 28. März 2007 - mit Eingabemöglichkeit bis am 30. April 2007 - eröffnet. Am 28. März 2007 würden die Parlamentsmitglieder mit den Mitwirkungsunterlagen bedient. Vorgesehen sei, dieses Geschäft an der GGR-Sitzung vom 24. April 2007, als zusätzliche Form der Mitwirkung und als weiteres Gefäss der Beurteilung, zu traktandieren, sodass das Parlament hier seine Einflüsse und Einschätzungen deponieren könne.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste liegen keine Einwände vor.

1 Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 2007

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Kommission für Kindergarten und Schule; Ersatzwahl

Die Freisinnig-Demokratische Partei schlägt anstelle der auf den 31. Dezember 2006 zurückgetretenen Isabelle Gossweiler als Mitglied der Kommission für Kindergarten und Schule für den Rest der laufenden Amtsdauer vor:

Daniel Kneubühl, Projektleiter Swisscom AG, Schlossgutweg 38, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Daniel Kneubühl wird einstimmig als neues Mitglied der Kommission für Kindergarten und Schule gewählt.

Die Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und dankt Isabelle Gossweiler für die geleistete Arbeit zugunsten der Kommission für Kindergarten und Schule.

3 Sportkommission; Ersatzwahl

Die Sozialdemokratische Partei schlägt anstelle des auf den 31. Dezember 2006 zurückgetretenen Hansueli Sollberger als Mitglied der Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer vor:

Dieter Widmer, Kaufmann HKG, Jägerstrasse 20, Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Dieter Widmer wird einstimmig als neues Mitglied der Sportkommission gewählt.

Die Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und dankt Hansueli Sollberger für die geleistete Arbeit zugunsten der Sportkommission.

4 **Erneuerung der Subventionsverträge gemäss Kulturförderungsgesetz (KFG) mit den bedeutendsten kulturellen Institutionen in der Stadt Bern; Vertragsperiode 2008 - 2011**

Die Vorsitzende weist auf die umfassenden Dokumentationen (Botschaft, Subventionsverträge und Finanzierungsschlüssel) hin, welche den Mitgliedern zur Verfügung gestellt worden seien. Die bei der letzten Behandlung dieser Verträge gefallenen Voten könnten dem Protokoll der Sitzung vom 19. November 2002 entnommen werden.

Die Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Die gemeinderätliche Sprecherin, Patricia Gubler, wünscht das Wort nicht.

Eintreten wird nicht bestritten.

Judith Manz führt namens der SP-Fraktion aus, sie stelle sich klar hinter den gemeinderätlichen Antrag. Es sei eine Aufgabe der öffentlichen Hand, die Kultur zu fördern. Mit den vorliegenden Verträgen und den zugesprochenen Geldern würden die grossen Kulturinstitutionen der Stadt Bern subventioniert, welche wirklich hervorragende Programme und Ausstellungen bieten würden. Dieses Niveau sollten sie auch weiterhin halten können. Die unterstützten Institutionen würden von der Bevölkerung unserer Gemeinde gerne und rege genutzt. Auch die Schulen würden von diesem vielfältigen Angebot profitieren. Der neue Beitrag, welcher die Gemeinde Muri bei Bern zu entrichten habe, sei 39% höher als vor vier Jahren. Dies sei auf den ersten Blick eine ziemlich massive Erhöhung. Pro Kopf umgerechnet, käme man bei den total rund CHF 500'000.00 auf CHF 41.00 pro Einwohner, was der SP-Fraktion sicherlich nicht als zu teuer erscheine. Das Parlament habe an der letzten Sitzung den gleichen Betrag ohne mit den Wimpern zu zucken als Rahmenkredit für den Unterhalt der Gemeindestrassen bewilligt. Mit diesen öffentlichen Geldern werde der Zugang zu diesen Kulturinstitutionen dank tieferen Eintrittspreisen für alle interessierten Bevölkerungsschichten erschwinglich gemacht. Die Gemeinde Muri bei Bern gebe nicht nur Gelder an die Grossen. Auch kleinere Institutionen in Bern und die lokale Kultur würden unterstützt. Im Budget seien dazu nochmals rund CHF 225'000.00 veranschlagt, was doch sehr erfreulich sei. Es sei für die SP-Fraktion selbstverständlich, dass Muri bei Bern als Agglomerationsgemeinde diese Zentrumsleistungen mitfinanziere, denn die Nähe zur Kultur sei eben auch ein Standortvorteil.

Ralf Grubwinkler begrüsst namens der FDP/jf-Fraktion die Tatsache, dass die Gemeinden, zusammen mit der Stadt Bern und dem Kanton Bern, für die genannten kulturellen Institutionen eine gemeinsame Lösung erarbeitet hätten. Die Fraktion unterstütze die Kultur und werde daher dem Antrag des Gemeinderates ebenfalls zustimmen. Erschrocken seien sie jedoch einerseits an den pro Kopf gemessenen Subventionen. Beim Kunstmuseum werde durchschnittlich jeder Besucher mit CHF 60.00 subventioniert, beim Stadttheater gar mit CHF 400.00. Dies seien Zahlen, die zum Nachdenken anregen würden. Andererseits sei ihr aufgefallen - wie es bereits die Vorrednerin gesagt habe - dass die Gemeinde Muri bei Bern immer mehr geschröpft werde und höhere pro Kopf-Beiträge leisten müsse. Unsere Gemeinde brauche den Kanton Bern, dieser brauche jedoch auch uns. Ziehe beispielsweise der beste Steuerzahler aus unserer Gemeinde und somit wohl auch aus dem Kanton Bern weg, müssten, um diese Lücke schliessen zu können, 500 neue, durchschnittliche Steuerzahler gefunden werden. Wenn der Kanton Bern und alle regionalen Organisationen unsere Gemeinde weiterhin so in ansteigendem Masse schröpfen würden, müssten schlussendlich auch die Randregionen und die Stadt Bern noch höhere Steuern verlangen, weil die Steuerzahler nicht mehr im Kanton Bern wohnen würden. Die Auf-

gabe von uns und vom Gemeinderat werde es nun sein, in nächster Zukunft auf diese Problematik hinzuweisen und in diesem Bereich Aufklärungsarbeiten zu leisten.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (35 Ja- zu 0 Nein-Stimmen)

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Subventionsverträge mit der Theatergenossenschaft Bern (Stadttheater), der Stiftung Berner Symphonie-Orchester, der Stiftung Kunstmuseum Bern, der Stiftung Bernisches Historisches Museum und der Stiftung Zentrum Paul Klee zu unterzeichnen. Die Laufzeit der Verträge beträgt vier Jahre, vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011.

2. Der Grosse Gemeinderat bewilligt den nachstehenden Institutionen folgende jährlich wiederkehrende Beiträge:

Theatergenossenschaft Bern	CHF	221'673.00
Stiftung Berner Symphonie-Orchester	CHF	117'790.00
Stiftung Kunstmuseum Bern	CHF	55'969.00
Stiftung Bernisches Historisches Museum	CHF	61'058.00
Stiftung Zentrum Paul Klee	CHF	51'390.00
Total	CHF	507'880.00

Während der Vertragsdauer erfolgen keine zusätzlichen teuerungsbedingten Anpassungen der Abgeltung.

3. Wenn die Subventionsverträge im Sinne von Artikel 13e oder 13f des Kulturförderungsgesetzes zustande gekommen sind, werden die Beiträge als gebundene Ausgaben in den jährlichen Voranschlag aufgenommen.

4. Die Laufzeit der Verträge gemäss Absatz 1 kann durch einen Beschluss des Vorstands der Regionalen Kulturkonferenz Bern (RKK) um ein Jahr verlängert werden, sofern sich dies im Hinblick auf das Inkrafttreten der revidierten Gesetzesgrundlagen als nötig und sinnvoll erweist.

5. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 29 Abs. 1 iVm Art. 37 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

5 Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri; Abrechnung des Objektkredits

Die Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert, dem Geschäft jedoch einstimmig zugestimmt.

Barbara Stalder Ritschard führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, das hier vorgelegte Geschäft sei eine sehr erfreuliche Sache. Obschon es bei der damaligen Volksabstimmung noch ungewiss gewesen sei, ob die Kosten überhaupt in den Lastenausgleich aufgenommen würden, sei die Zustimmung zum zweiten Standort der Kita sehr hoch gewesen. Die Lastenausgleichsberechtigung sei erteilt, das ältere Haus renoviert und mit einem schönen Anbau erweitert worden. Das Resultat präsentiere sich - wie einige am Tag der offenen Türe sehen konnten - sehr harmonisch, sei zweckmässig und werde von den Mitarbeitenden, Kindern und Eltern äusserst geschätzt. Ebenfalls sehr positiv präsentiere sich die Abrechnung, welche praktisch eine Punktlandung habe erreichen können. Das eigentliche Projekt sei um nahezu CHF 50'000.00 günstiger ausgefallen. Allerdings habe dieser Betrag noch eingesetzt werden müssen, um die Zufahrt sicherer machen zu können, weil diese wegen der

schlechten Übersicht sehr gefährlich gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit möchte sie dem Architekten, Heinz Engel, sowie der Projektgruppe herzlich danken. Die Nachfrage nach den Plätzen sei gross, beinahe alle hätten besetzt werden können, was bei einer Neueröffnung einer Kita innert so kurzer Zeit nicht selbstverständlich sei. Daher bitte sie die Ratsmitglieder, diesem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Adrian Kauth gibt namens der FDP/jf-Fraktion bekannt, sie hätte erfreut zur Kenntnis genommen, dass dieses Geschäft sauber abgewickelt und die Organisation des Umbaus der Kita Meisenweg optimal verlaufen sei sowie die Kosten eingehalten worden seien. Das Resultat präsentiere sich wirklich erfreulich. Er danke der Verwaltung und dem Gemeinderat bestens.

Marina Graham erklärt namens des Forums, sie beziehe sich in diesem Votum auch auf das folgende Geschäft, weil beide Projekte eng miteinander verbunden seien. Das Forum sehe die Abrechnungen als Krönung ihrer langjährigen Bestrebungen für die Erweiterung der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Gemeinde. Die Sanierungen der beiden Kitas seien erfolgreich über die Bühne gegangen. Es liege ihnen am Herzen, sämtlichen Beteiligten zu danken, weil dies kein einfaches Unterfangen gewesen sei und einiges an organisatorischer Geschicklichkeit erfordert habe. Der Zwischenbetrieb während der Sanierung der Kita Kunterbunt sei für Kinder, Eltern und Mitarbeitende dank ausgezeichneter Organisation optimal verlaufen. Beide Projekte seien zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten abgeschlossen worden. Jetzt verfüge die Gemeinde Muri bei Bern über zwei zeitgemässe und zweckmässige Standorte, welche mit dieser Attraktivitätssteigerung von grossem pädagogischem Nutzen seien. Sie danke nochmals herzlich.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Objektkredit für die Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Liegenschaft Steinhübeliweg 11a in Muri wird genehmigt. Sie schliesst bei einem Gesamtkredit (inkl. Nachkredit) von CHF 889'300.00 mit Kosten von CHF 840'538.60 ab (Kreditunterschreitung von CHF 48'761.40).

6 Sanierung Kindertagesstätte Meisenweg 12, Gümligen; Abrechnung des Objektkredits

Peter Kästli führt als Sprecher der GPK aus, die GPK sei von Barbara Stalder und Hans-Rudolf Saxer über dieses Geschäft informiert worden. Sie habe feststellen müssen, dass es wegen mangelhafter Kommunikation und Kostenkontrolle - vor allem seitens des Architekten - zu Problemen gekommen sei. Gewichtige Positionen seien im Kostenvoranschlag nicht enthalten gewesen und der Aufwand bei einem solchen Umbauprojekt teilweise unterschätzt worden. Die GPK habe sich gefragt, was die Gemeinde aus dieser erlebten Situation für Lehren ziehen könne. Man sei zu den Erkenntnissen gelangt, dass bei einem solchen Umbauprojekt der tiefste Kostenvoranschlag nicht immer zum günstigsten Abschluss führe, dass der Auswahl des bauleitenden Architekten weiterhin höchste Priorität eingeräumt werden müsse und nur die besten berücksichtigt werden sollten, sowie als dritter Punkt, dass die Reserve für Unvorhergesehenes, welche im Kostenvoranschlag mit 8% enthalten gewesen sei, bei solchen Umbauprojekten tendenziell höher angesetzt werden müsse. Trotz der Tatsache, dass bei der Planung und beim Umbau teilweise Probleme aufgetaucht seien, habe die Gemeinde für die vorgelegten Kosten einen erfreulichen

Gegenwert erhalten. Die GPK beantrage daher, den Antrag des Gemeinderates zu genehmigen.

Barbara Stalder Ritschard führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, die Kita am Meisenweg habe dringend saniert werden müssen. Wer das Gebäude vor der Sanierung gesehen habe, sei sicherlich auch dieser Meinung. Der Betrieb habe vorübergehend in die Kita Steinhübeliweg verlegt werden können; der Zeitpunkt dafür sei optimal gewesen. Sie danke auch an dieser Stelle allen Betroffenen für die sehr gute Mithilfe. Mit der Eröffnung der beiden Standorte verfüge unsere Gemeinde gemäss Botschaft über 50 Kita-Plätze, was konkret bedeute, dass es am Meisenweg 50 Kinder und 30 Plätze seien. Da die meisten Kinder nicht an fünf Tagen pro Woche, sondern nur teilzeitlich kämen, könnten auf 30 Plätzen 50 Kinder betreut werden. Die Auslastung von über 90% sei sehr erfreulich und die vom Kanton gesetzten Vorgaben hätten eingehalten werden können. Weil die Nachfrage nach freien Plätzen nicht an allen Tagen gleich hoch sei, sei es nicht einfach, eine 100%-ige Auslastung erreichen zu können.

Das Resultat dieser Sanierung sei als Gesamtes ebenfalls sehr erfreulich. Die Kita verfüge über zweckmässige Räumlichkeiten und eine kindergerechte Küche, welche die beiden Standorte und den Mittagstisch beliebere, was für unsere Gemeinde eine ideale Lösung sei. Alle kantonalen Auflagen seien nun erfüllt und jeder Tag, welcher für dieses Projekt eingesetzt worden sei, habe zu diesem Resultat beigetragen. Leider habe der Gemeinderat zwei Mal weitere Gelder sprechen müssen, was eine deutliche Überschreitung des vom Parlament gesprochenen Betrages zur Folge gehabt habe. Dazu hätten verschiedene Gründe beigetragen. Wie bereits vom GPK-Sprecher gehört, sei im Kostenvoranschlag zu optimistisch kalkuliert worden und es seien auch Sachen vergessen gegangen, welche sicherlich nicht hätten vergessen gehen dürfen. In einer sehr späten Phase des Umbaus hätten zudem noch Anpassungen im Bereich der Abwasserleitungen vorgenommen und Auflagen der Gebäudeversicherung beachtet werden müssen. Kostenkontrolle und Kommunikation seien nicht immer ideal gewesen. Damit nach den Sommerferien beide Standorte hätten eröffnet werden können, sei das Projekt unter einem extremen Zeitdruck gestanden, was man ganz klar gespürt habe. Die Lehren daraus seien gezogen worden. Sie bitte das Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Kathrin Heer hält namens der FDP/jf-Fraktion fest, das Positive an diesem Geschäft sei sicherlich, dass die Sanierung gelungen sei und sie sich gelohnt habe. Die Forderung nach Werterhaltung im Innern sei erfüllt. Die zweckmässigen Räumlichkeiten seien hell und freundlich sowie bedürfnis- und kindergerecht gestaltet. Die Küche sei funktionell, mit modernsten Geräten eingerichtet und erfülle ihren Zweck, zusätzlich noch die Kita Steinhübeli und die Tagesschule mit Mahlzeiten zu beliefern. Auch die sanitären Einrichtungen seien den heutigen Standards angepasst worden. Alles in allem könnten die Kinder und Betreuenden mit dem Ergebnis zufrieden sein und sich in ihrer Umgebung wohl fühlen.

Dass die Umsetzung dieses Projektes mit einigen Schwierigkeiten verbunden gewesen sei, könne dem Bericht des Gemeinderates entnommen werden. Man benötige keine besonderen Fähigkeiten, um zwischen den Zeilen lesen zu können, dass doch einige Probleme einen reibungslosen Ablauf erschwert hätten. Der Gemeinderat habe sich im Verlauf der Sanierungsarbeiten gezwungen gesehen, den bewilligten Kredit um CHF 71'500.00 aufzustocken. Ob allerdings die sich für den Gemeinderat aus diesen Erfahrungen ergebende Konsequenz, nämlich künftig die Reserve von 8% zu erhöhen, als alleinige Massnahme richtig sei, wage sie zu bezweifeln. Ohne eine Kennerin dieser Materie zu sein, seien offenbar doch bereits bei der Projektplanung einige nicht unter dem Titel "Unvorhergesehenes" abbuchbare Posten vergessen gegangen. Fachleute hätten die entsprechenden Mängel bei genauer Betrachtung er-

kennen und damit den Beteiligten einigen Ärger ersparen können. Der gesprochene Kredit wäre damals zwar ein wenig höher ausgefallen, jedoch von unserem Parlament, welches sich grossmehrheitlich für eine familienergänzende Kinderbetreuung ausspreche, mit Bestimmtheit genehmigt worden. Die Mittel seien sinnvoll eingesetzt. Die FDP/jf-Fraktion stimme dem Antrag trotz Problemen und Kritik bezüglich ungenügender Detailgenauigkeit in der Projektierung einstimmig zu.

Florian Aebi gibt namens der SP-Fraktion bekannt, sie stimme diesem Beschluss einstimmig zu. Für die SP stellten die beiden Kitas einen wichtigen Standortvorteil für unsere Gemeinde dar. Es seien Institutionen, wofür sie sich schon lange einsetzen würden. Wie die gemeinderätliche Sprecherin orientiert habe, sei bei der Planung, der Umsetzung und dem Controlling nicht immer alles rund gelaufen. Für die SP sei es wichtig, dass daraus die Lehren gezogen würden und in Zukunft ein solches "Missmanagement" verhindert werden könnte. Für die Fraktion stelle zum Beispiel das Vergessen einer Garderobe ein Rätsel dar.

Es sei schön, zu sehen, dass ein Renovationsvorhaben gelungen sei und wir heute über eine funktionale und kindergerechte Kita verfügen, wo sich sowohl Kinder wie auch Betreuende wohl fühlen würden. Eine kleine Stichelei könne er sich jedoch nicht verkneifen. Ihn erinnere diese Abrechnung doch sehr an das Budget und die Jahresrechnung der Gemeinde. Es werde möglichst eng kalkuliert und anschliessend würden halt Nachkredite eingeholt, um schlussendlich das Ergebnis zu erreichen, welches man gerne gehabt hätte. Hätte man anlässlich der Planung nicht optimistisch, sondern ehrlich geplant, hätte sich die heutige Diskussion vermutlich erübrigt.

Urs Grütter verweist namens der SVP-Fraktion auf die am 22. November 2005 beantragte Rückweisung, welche leider nicht mehrheitsfähig gewesen sei. Gefordert sei worden, das Geschäft zu überdenken, insbesondere hätten die Standortfrage, die Integration ins Schulhaus Dorf und eine Totalsanierung nochmals geprüft werden müssen.

Man habe es gehört: Werterhaltung im Innern. Was haben wir nun? Ein vergoldetes Abbruchobjekt! Das Dach sei nicht gemacht und eine Fassadenrenovation werde fällig. Das Parlament werde wahrscheinlich noch in dieser Amtsperiode wieder einmal einen Kredit bewilligen dürfen, um an diesem Objekt weiterflicken zu können. Der Abrechnung sehe man an, dass die Planung nicht gut gewesen sei. Er sei froh, nicht der Einzige zu sein, der dies hier bemängeln müsse. Die Abrechnung enthalte diverse nicht budgetierte Posten, welche ganz klar keine unvorhergesehene Risiken, sondern schlicht schlampige Planung darstellten. Ob eine KÜcheneinrichtung CHF 40'000.00 oder CHF 65'000.00 koste, liege absolut im Bereich des Planbaren. Wie die Garderobe einfach habe vergessen gehen können, sei ihnen ein Rätsel. Eine Innentüre stelle kein Umbaurisiko dar. Wie man hier zusätzliche, nicht im Kostenvoranschlag enthaltene, CHF 10'000.00 "verlochen" könne, stelle ebenso ein Rätsel dar. Auch im Bereich der Position "Bodenbeläge und Parkett", wo eine Überschreitung in der Höhe von CHF 7'000.00 ausgewiesen werde, liege kein Umbaurisiko vor. Man nehme einen alten Boden heraus und lege einen neuen hinein. Was könnte bei einer Schliessanlage (CHF 1'200.00) zum Vorschein kommen? Hier sei wirklich alles frei sichtbar. Total seien absehbare Überschreitungen in der Höhe von CHF 63'000.00 entstanden. Das spreche bezüglich Planung Bände. Knapp als Umbaurisiken akzeptieren könne er die überschrittenen Posten Baumeister, Gipser und Gartenanlage, wenn das die erwähnten Kanalisationsrisiken gewesen seien. Aber dann sei man mit CHF 40'000.00 dabei, was weniger als 5% der Summe ausmachen würde. Also bestehe, wenn man sauber plane und budgetiere, überhaupt keine Veranlassung, die Reserve zu erhöhen. Als Fazit könne er festhalten, dass nach Meinung der SVP-Fraktion die Planung und Bauleitung versagt habe. In Zukunft müsse man, wenn es verwaltungsinterne Fehler gewesen seien, die Verantwortlichkeiten prüfen und aufdrängende Massnahmen im Bereich Aufgabenzuteilung oder Weiterbildung treffen. Sofern die Ursachen jedoch verwaltungsexterner Natur gewesen seien,

würden sie erwarten, dass der entsprechende Architekt inskünftig nicht mehr berücksichtigt werde. Wie bereits festgehalten, sei ein preislich billiges Angebot nicht immer unbedingt das günstigste. Und gerade mit einem billigen Angebot könne man zum Teil Gemeindeaufträge an Land ziehen, welche die Gemeinde schlussendlich wesentlich teurer zu stehen kämen als ursprünglich angenommen. An der Rechnung ändere das leider nichts mehr. Man könne dem Antrag des Gemeinderates zustimmen, das Geld sei ausgegeben. Was würde eine Nichtgenehmigung bringen? Die SVP werde den Antrag mit dem ganz klaren Hinweis genehmigen, dass aus den geschehenen Fehlern die klaren Lehren gezogen werden müssten.

Barbara Stalder Ritschard erwidert als gemeinderätliche Sprecherin, sie wolle noch zu einigen Punkten Stellung nehmen. Dass die Garderobe vergessen ging, sei leider Tatsache. Aber den Rest müsse man sehr genau anschauen. Eine Innentüre sei selbstverständlich nicht vergessen gegangen, man habe dort ursprünglich eine Schiebewand geplant, aus Spargründen jedoch eine Normalwand hineingezogen. Ähnlich sei es auch bei den Bodenbelägen geschehen. Man müsse extrem aufpassen, was man miteinander vergleiche. Wenn sich jemand konkret dafür interessiere, stelle sie sich gerne als Auskunftsperson zur Verfügung. Was klar sei, sei die Tatsache, dass sich diese Sanierung aufgedrängt habe. Der Standort sei für Gümligen ideal, die Kita verfüge über genügend Umschwung und sei in der Nähe von Wald und Bushaltestelle. Es gebe keinen Grund, an einen anderen Ort zu zügeln. Eine Renovation des Daches sei in der nächsten Zeit nicht absehbar, sie hätten diesen Punkt bereits früher abklären lassen. Wie jedes andere Dach auch, werde es natürlich irgendeinmal anstehen. Die Abklärungen hätten zudem ergeben, dass ein Neubau in jedem Fall teurer zu stehen gekommen wäre.

Es werden keine weiteren Voten vorgetragen.

Beschluss (34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung)

Die Abrechnung über den Objektkredit für die Sanierung der Kindertagesstätte Meisenweg 12, Gümligen, wird genehmigt. Sie schliesst bei einem Gesamtkredit (inkl. Nachkredite) von CHF 719'000.00 mit Kosten von CHF 716'290.25 ab (Kreditunterschreitung von CHF 2'709.75).

7 Tagesschule Muri bei Bern; Abrechnung des Objektkredits für die Einrichtung und den vierjährigen Versuchsbetrieb

Die Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert, empfehle jedoch, das Geschäft einstimmig anzunehmen.

Die gemeinderätliche Sprecherin, Kathrin Mangold, führt aus, es sei vom Ablauf her folgerichtig, dass nach den Kindertagesstätten die Tagesschule an der Reihe sei. Die beiden Einrichtungen würden das Betreuungsangebot für Familien in wertvoller Art und Weise ergänzen. Muri bei Bern habe den Sinn und Nutzen familienergänzender Kinderbetreuung schon vor Jahren erkannt und im November 2001 dem Versuchsbetrieb einer Tagesschule im Moos zugestimmt, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar gewesen sei, ob der Kanton die Kosten in die Lastenverteilung aufnehmen werde. Deshalb habe damals ein Kredit über die vollen Kosten bewilligt werden müssen. Der Projektablauf sei wunschgemäss verlaufen. Heute könne eine Abrechnung präsentiert werden, welche mit einer Kreditunterschreitung von rund CHF 350'000.00 abschliesse.

Da sie das Geschäft als unbestritten betrachte, wolle sie die Gelegenheit nutzen, um noch etwas zur Zukunft der Tagesschule zu sagen. Zurzeit laufe ein Pilotprojekt "Ferienbetreuung". Sie sei gespannt, wie sich die Nachfrage entwickeln werde. Jetzt

gelte es, in Sachen Tagesschule noch die Angebotslücke Muri zu schliessen, was auch eine Forderung aus den Reihen des Parlaments sei. Die Standortplanung sei im Gang und sie hoffe, dem Parlament demnächst einen Kreditantrag unterbreiten zu können. Die Situation beim Kanton sei trotz dem Erziehungsdirektor, welcher sich bei jeder Gelegenheit zu den Tagesschulen bekenne, nicht klarer als vor sechs Jahren. Sie könne nur hoffen, dass die GGR-Mitglieder zu gegebenem Zeitpunkt ebenso mutig und weitsichtig entscheiden werden, wie das Parlament des Jahres 2001.

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Staub erklärt namens des Forums, sie stellten fest, in der Tagesschule Moos habe mit relativ geringen jährlichen Betriebskosten ein qualitativ sehr guter Betrieb auf die Beine gestellt werden können. Sie forderten daher den Gemeinderat dringend auf, am Standort Muri auf das Schuljahr 2008/2009 hin eine zweite Tagesschule einzurichten. In der Tagesschule Moos bestünden jetzt schon Wartelisten für das Schuljahr 2007/2008, dies wäre in Muri nicht anders - der Muriger Mittagstisch platze ja aus allen Nähten. An den Einschulungsveranstaltungen sehe man jeweils die langen Gesichter der Muriger Eltern, wenn sie erfahren würden, dass sie, um die Tagesschule benützen zu können, ihre Kinder im Moos einschulen müssten. Dies würde für diese Familien einen beträchtlichen organisatorischen Mehraufwand darstellen. Sie berate bei der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung sehr häufig potenzielle Neuzuzügerfamilien. Wenn sie diesen jeweils sagen müsse, sie fänden bei einem Zuzug nach Muri momentan ein schlechtes Angebot an Tagesschulen vor, werde deren Euphorie und Motivation, Muri als zukünftigen Wohnort zu wählen, schon ein wenig gedämpft. Sie wäre froh, sie könnte ihnen - analog der Kindertagesstätten - aufzeigen, die Gemeinde verfüge über zwei Tagesschulen und über ein abgerundetes Angebot für familienergänzende Kinderbetreuung.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Objektkredit für die Einrichtung und den vierjährigen Versuchsbetrieb der Tagesschule wird genehmigt. Sie schliesst bei einem Kredit von CHF 644'000.00 mit Kosten von CHF 293'390.15 ab (Kreditunterschreitung von CHF 350'609.85).

8 Jugendmotion betr. gedeckte Veloständer

Die Begründung und Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, die Motion zu überweisen.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, das Anliegen der Jugendlichen sei in den Augen des Gemeinderates ausgewiesen. Daher habe er eine Richtofferte eingeholt und feststellen müssen, dass eine solide Lösung stolze Kosten verursachen würde. Wenn diese Motion überwiesen würde, sei für den Gemeinderat klar, dass die Kriterien Beständigkeit, Sicherheit, Robustheit und Ästhetik eine Rolle spielen müssten. Er würde alles daran setzen, dass eine mit unseren Finanzen vereinbare Lösung gefunden werden könnte. In diesem Sinne bitte er, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Jugendmotion zu überweisen.

Auf die Frage der Vorsitzenden, ob der Antrag auf Diskussion gestellt werde, gibt Rolf Friedli namens der SVP-Fraktion bekannt, sie lehne eine Überdachung von Veloständern nicht unbedingt ab. Aber dieses Projekt erscheine ihr noch nicht als ausgereift. Es greife in eine laufende Budgetperiode ein und sei im Investitionsplan

nicht vorgesehen. Es würde somit eigentlich den gesamten Investitionsplan über den Haufen stossen, da nicht ersichtlich sei, wo diese Kosten eingespart werden sollten. Zudem sei es nicht priorisiert worden. Man wisse daher nicht, wie dringlich es sei, womit eine neue Priorisierungsklasse geschaffen würde. Aus all diesen Gründen fänden sie das Vorhaben nicht sinnvoll, die Motion bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu überweisen. Es sei auch nicht einfach, sie in ein Postulat umzuwandeln, weil es seines Wissens kein Jugendpostulat gebe. Die wichtigen Projekte Schulraumplanung und dritte Sanierungsetappe der Schulhäuser stünden an resp. seien am Laufen, somit könnte dort der Bedarf an Veloständern miteinbezogen werden. Sie stellten daher den Antrag, dieser Überweisung nicht zuzustimmen. Man solle dieses Thema aufrecht halten und die Parkplätze vernünftig und gut überdachen, jedoch nicht so überstürzt und in einer anderen Form.

Urs Grütter (SVP) führt aus, er habe zwei Söhne, wobei der eine noch im Seidenberg zur Schule gehe, der andere habe diese Stufe bereits durchlaufen. Der jüngere benutze jeden Tag und bei jedem Wetter - ausser bei Glatteis - das Velo. Bei Regen müsse er die Regenhosen und die Regenjacke anziehen. Über einen nassen Sattel habe sich noch nie einer der beiden beschwert. Wenn man bei Regen Velo fahre, werde das Gefährt halt nun mal nass - rosten würden die Fahrräder heutzutage, wo sie aus Alu oder Kunststoff seien, ohnehin nicht mehr.

Nur weil es sich hier um eine Jugendmotion handle, müsse dieser Vorstoss raschmöglichst abgesegnet werden, damit unsere verwöhnten Jugendlichen vom Gemeinderat noch hie und da ein Geschenk bekämen. Das fände die SVP-Fraktion einfach nicht richtig. Er sei froh, dass Rolf Friedli dies ein wenig emotionsloser kundgetan habe. Budget und Investitionsplan über den Haufen und das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen, nur weil es sich hierbei um eine Jugendmotion handle, entspreche nicht seinem Sinn. Er bitte das Parlament, das Geschäft getreu dem Votum von Rolf Friedli nicht zu überweisen. Nicht, weil die SVP-Fraktion finde, es solle keine Lösung geben, sondern weil sie dies einfach nicht als so dringend empfinde und das Vorhaben im Rahmen der Investitionsplanung und allfälligen Renovationen oder Sanierungen dieser Schulhäuser ausführen wolle.

Daniela Schönenberger (Forum) erklärt, sie versuche nun, zwei Missverständnisse, welche in der Botschaft zu diesem Geschäft entstanden seien, sowie die Haltung des Forums zur Umwandlung in ein Postulat zu erörtern. Das erste Missverständnis betreffe das Aebnitschulhaus und sei schnell geklärt. Es handle sich hierbei nämlich nicht wie erwähnt um ein Oberstufenschulhaus. Die ältesten Schülerinnen und Schüler besuchten die 6. Klasse und seien daher noch gar nicht berechtigt, eine Jugendmotion einzureichen. Ansonsten hätten sie es wahrscheinlich schon längstens gemacht, denn sämtliche Knabenvelos seien im Aebnitschulhaus ungedeckt dem Regen ausgesetzt.

Das zweite Missverständnis sei wesentlich entscheidender. So unsorgfältig und unkorrekt präsentiere sich eine Botschaft, wenn die Verwaltung einfach rasch telefonisch dem Schulhausabwart den Auftrag erteile, auf dem Areal die Anzahl gedeckte Veloständer zu zählen.

Am Beispiel Aebnitschulhaus gehe hervor, dass nicht alle gedeckten Plätze benutzt werden könnten. Ein Teil davon sei für die Lehrerschaft vorgesehen und die anderen Plätze seien im noch einzig gebrauchten Schulvelokeller unserer Gemeinde. Nach den schlechten gemachten Erfahrungen - immer wieder seien Velos massiv beschädigt worden - sei der Keller nicht wie in den anderen Schulanlagen geschlossen oder umgenutzt, sondern den Mädchen als Veloparkplatz überlassen worden. Den Schülern habe man ungedeckte Plätze auf dem Areal zur Verfügung gestellt. Deshalb würden die Aebnitknaben auch auf nasse Sättel steigen. Die Wasserschäden würden keine Unterschiede zu Seidenbergvelos aufweisen.

Der Rat denke nun zur Recht, die Schulleitung hätte ja das Veloparkkonzept der Verwaltung und dem Gemeinderat erörtern können. Genau das sei schriftlich am 1.

März 2007 passiert, nur sei bis heute weder der Eingang des Briefes bestätigt noch eine Antwort erteilt worden. Schade, wenn gute und wichtige Anliegen am Schluss aus verwaltungstechnischen Gründen Anlass zur Kritik gäben.

Nun zur Überweisung als Postulat. Für das Forum gehörten gedeckte Veloparkplätze bei einem Schulhaus zur Standardausrüstung. Veloparkplätze könnten nicht altersabhängig zur Verfügung gestellt werden. Je nach Schulweg könne der Weg auch von Dritt- und Viertklässlern mit dem Velo zurückgelegt werden. Der Weg liege in der Verantwortung der Eltern, welche am Nachmittag die Kinder ja auch mit dem Velo in die Sportvereine oder in die Musikschule schicken würden. Was die Finanzierung betreffe, würde sie erwarten, dass bei der Umsetzung eine kostengünstige, nicht billige, aber zweckmässige, Lösung realisiert werde. Eine Jugendmotion mit einem Anliegen, welches weiss Gott nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit sei, bachab zu schicken, weil es im Budget nicht geplant sei und weil Abklärungen der Verwaltung unexakt erledigt worden seien, fände sie masslos übers Ziel hinausgeschossen. Sie würde an der Motion festhalten. Wenn unsere Gemeinderechnung Ende Jahr um genau diesen Betrag im Minus lande, könnte man ja kundtun, man hätte es schon einmal gesagt, womit die Sache auch erledigt wäre.

Thomas Hanke erwidert als gemeinderätlicher Sprecher, im Investitionsplan 2007 sei eine Limite gesetzt worden. Daher sei klar, dass diese Limite nicht überschritten werden dürfe. Das heisse, irgendetwas anderes würde bei einer Umsetzung dieser Motion nicht realisiert werden. Eine Umwandlung einer Jugendmotion in ein Postulat sei übrigens möglich, dies sei bei der ersten eingereichten Jugendmotion auch der Fall gewesen.

Beschluss (21 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen)

Die Jugendmotion betreffend gedeckte Veloständer wird überwiesen.

9 Interpellation Forum-Fraktion betr. geringfügige Änderung Zonenplan und Baureglement gemäss Art. 122/BauV

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Der gemeinderätliche Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, wünscht das Wort nicht.

Pia Aeschimann führt namens der Forum-Fraktion aus, sie danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Ihnen sei es ganz wichtig, mitzuteilen, dass sie mit diesem Vorstoss absolut nichts verhindern wollten. Es hätten sich im Zusammenhang mit der laufenden Ortsplanungsrevision und den Änderungen von Zonenplan und Baureglement einfach Fragen gestellt. Ihre Meinung zur gemeinderätlichen Antwort sei, dass der Zeitpunkt zur Änderung von Baureglement und Zonenplan nicht richtig sei und, dass man dies im laufenden Verfahren zur Ortsplanungsrevision hätte machen können. Übergangslösungen könnten immer gefunden werden, egal, ob das Kapitel noch zwei Jahre daure. Sie würden in diesem Geschäft eine weitsichtige Planung vermissen und hätten sich gefragt, was unter "vollständige Arrondierung des Areals wird anlässlich der bevorstehenden Zonenplanrevision vorgelegt" zu verstehen sei.

Beat Lehmann (SVP) erkundigt sich, ob er den Antrag auf Diskussion stellen oder ob er einfach etwas zum Gesagten mitteilen dürfe.

Die Vorsitzende erwidert, Anträge auf Diskussion würden gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates eine Zweidrittelmehrheit erfordern.

Beat Lehmann (SVP) stellt den Antrag auf Diskussion, welchem in der anschliessenden Abstimmung grossmehrheitlich entsprochen wird.

Beat Lehmann (SVP) führt aus, der öffentliche Verkehr sei etwas, was sicherlich jedermann wolle. Wenn sich dies jedoch jemand auf die Fahne geschrieben habe, dann das Forum. Er verstehe nicht, wieso es nun gegen dieses Vorhaben auf die Barrikaden gehe. Wenn wir alle wollen, dass der öffentliche Verkehr unterstützt werde und immer mehr Leute am ÖV teilnehmen würden, sei es ja klar, dass grössere Busse zum Einsatz gelangen müssen und damit verbunden auch mehr Platz für deren Unterbringung benötigt werde. Dass der RBS in diesem Sinn und Geist Auflagen an die Firma Bigler mache und verlange, die Busse sollten in einem separaten Raum und nicht neben jenen Fahrzeugen abgestellt werden, mit denen unsere Abfälle eingesammelt würden, sei plausibel. So leid es ihm tue - unser Abfall stinke nun mal und dieser Gestank könnte in diese Busse eindringen. Also könnte es für die Firma Bigler ein Problem geben, wenn sie diese Halle nicht bauen könnte. Es sei klar, dass solche Auflagen eingehalten werden müssten. Er habe vom Vorgehen und der Idee, das Ganze zum Beispiel zu unterkellern, respektive eine Einstellhalle zu bauen, welche eventuell sogar "gelenkbustechnisch" erstellt werden könnte, gelesen. Er wolle dies nicht als "Schnapsidee" taxieren. Aber es sei wohl allen klar, dass so etwas nicht nur aus ökologischen Gründen nicht machbar sei. Er möchte den Gemeinderat, welcher eine gute Antwort gegeben habe, bitten, Mut an den Tag zu legen, die drei Einsprachen abzuweisen und das Verfahren im kleinen Verfahren durchzuziehen. Dieses Verfahren sei absolut das Richtige, man könne nicht warten, bis die Zonenplanänderung vollzogen sei. Er bitte auch das Forum und Pia Aeschmann, nochmals über die Bücher zu gehen. Es gehe hier um den öffentlichen Verkehr, welchen wir schliesslich alle wollten.

Pia Aeschmann (Forum) erklärt, es gehe ihnen nicht darum, das Ganze zu verhindern, sonst hätten sie nicht eine Interpellation, sondern eine Motion eingereicht. Die Fragen seien aufgetaucht, weil man mit der Revision der Ortsplanung das gesamte Gebiet anschauen. In diesem Rahmen müsse man Überbauungsordnungen und das gesamte Baureglement anpassen und es passierten viele Entscheide im Raum Gümligenfeld/Turbenweg. Das Forum habe sich daher gefragt, ob man nicht gesamthaft prüfen und zuerst abwarten müsste, wie sich das Ganze entwickle, bevor eine solche Halle gebaut werde. Das Vorhaben sei für sie nicht bestritten. Ihr Mann benutze jeden Morgen um 06.00 Uhr den ersten Bus und habe noch nie einen Gestank festgestellt. Es handle sich dabei um die Muri-Linie, ob es übers Sonnenfeld stinke, wisse sie nicht.

Das Forum wolle einfach nicht, dass man nach Vornahme dieser Umzonung - in zwei bis drei Jahren, wenn alles gebaut sei und das Volk je nach dem entscheide, dass im Gümligenfeld wirklich eine Fachmarktkette erstellt werden solle - plötzlich zur Einsicht gelange, dass sich für diese Busse jetzt eigentlich ein besser passender Standort angeboten hätte. Es sei klar, dies seien Hypothesen. Es gehe ihnen wirklich nicht darum, den öffentlichen Verkehr oder den Ausbau dieser Sammelstätte zu behindern.

10 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion FDP/jf-Fraktion betreffend Finanzen der Gemeinde Muri bei Bern "Budgettransparenz der ungebundenen Ausgaben"

Im Hinblick auf die Diskussion des Budgets 2008 wird der Gemeinderat beauftragt, die budgetierten Ausgaben, in Ergänzung zur traditionellen Form, transparenter und lesbarer darzustellen. Gewünscht dabei sind Zusammenzüge (Aufwand/Ertrag) einzelner Kostenträger von wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben.

Begründung:

Jahr für Jahr wird der Steuersatz unserer Gemeinde im GGR kontrovers diskutiert. Der Steuerfuss von Muri ist - nicht nur aus Sicht der FDP/jf - wichtig für die Standortattraktivität unserer Gemeinde, aber auch für diejenige des ganzen Kantons. Im Hinblick auf die Budgetdiskussionen ist es wesentlich, dass die einzelnen Aufwandpositionen, die die Gemeinde effektiv beeinflussen kann, transparent dargestellt sind. Zur einfacheren Vergleichbarkeit der Budgetzahlen mit den Vorjahreszahlen sind Veränderungen im Budgetjahr (z.B. Ausgliederungen wie beim Altersheim) oder Verschiebungen (z.B. auf andere Konten) bei den Vorjahreszahlen zu korrigieren und mit einem Hinweis zu erläutern. Damit können die Budgetdiskussionen konkreter geführt und die politische Willensbildung darüber, welche "freiwilligen" Ausgaben unsere Gemeinde sinnvollerweise weiterführen soll, versachlicht werden.

Muri, 20. März 2007

FDP/jf-Fraktion

A. Kauth, K. Heer, H. Treier, R. Meyer, N. Stauffer, R. Grubwinkler, J. Beck, U. Siegenthaler, V. Bettler Suter, E. Mallepell, P. Kästli, R. Raaflaub, U. Gantner, C. Chételat, H. Grütter, B. Lehmann, R. Friedli, M. Bärtschi, F. Schwander, S. Brüngger, D. Pedinelli, J. Aebersold, B. Künzi-Egli (23)

Postulat SP-Fraktion betreffend Ersatz Sportplatz Turbenweg, Gümligen

Der Gemeinderat wird gebeten, im Rahmen der Ortsplanungsrevision den Ersatz des Sportplatzes Turbenweg zu prüfen. Dabei ist besonders die Schaffung eines Sportplatzes im Gebiet Schürmatt abzuklären.

Begründung:

Mit der geplanten Überbauung auf dem Terrain des bisherigen Sportplatzes Turbenweg verschwindet im Zentrum eine beliebte und stark frequentierte Spielfläche. Der beabsichtigte Ersatz durch die Umgestaltung eines vorhandenen Spielfeldes auf dem Sportplatzgelände Füllerich ist kein gleichwertiger Ersatz. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist als Ersatz für das bisherige Spielfeld Turbenweg die Einzonung eines Sportplatzes abzuklären und zu realisieren. Im Gebiet Schürmatt ist beabsichtigt, Land für eine qualitativ gute Wohnüberbauung einzuzonen. Auf diesem Gebiet könnte auch ein Sportplatz realisiert werden, was die Attraktivität dieses Wohngebietes noch steigern könnte. Die unmittelbare Nähe der Schulanlage Seidenberg ist ebenfalls ideal.

Gümligen, 20. März 2007

SP-Fraktion
B. Wegmüller

F. Aebi, V. Bettler Suter, M. Graham, B. Staub, R. Grubwinkler, P. Kästli, F. Ruta, U. Wenger, J. Manz, B. Marti, D. Schönenberger, J. Beck, U. Gantner, R. Raaflaub, U. Siegenthaler, P. Aeschmann, D. Pedinelli, L. Streit (19)

Parlamentarische Interpellation betreffend "Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit"

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Änderungen in Sachen "Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit" stellen sich dem Parlament von Muri bei Bern verschiedene Fragen:

- Wer bestimmt den Gemeindevertreter in der Regionalversammlung.
- Wie werden die Geschäfte der Regionalversammlung in der Gemeinde vorbereitet, wer bestimmt oder legt die politischen Weisungen für den Gemeindevertreter fest?
- Welche Rolle/Aufgaben stehen dem Parlament zu?
- Welche finanziellen Verpflichtungen kann der Gemeindevertreter im Rahmen der Regionalversammlungen eingehen?
- Wie wird das Parlament bzw. die Bevölkerung über die Beschlüsse der Regionalversammlung orientiert?
- Welche weitergehenden Reformen für die 2. Etappe (2009) im Bereich Verkehrsplanung und Finanzierungsinstrumente sind geplant?

Muri, 20. März 2007

A. Kauth, E. Mallepell, R. Friedli, L. Streit, M. Häusermann, M. Marti, J. Manz, D. Pedinelli, V. Bettler Suter, B. Wegmüller, F. Aebi, B. Künzi-Egli, H. Treier, R. Meyer, N. Stauffer, R. Grubwinkler, S. Brüngger, F. Schwander, M. Graham, D. Schönenberger, B. Staub, K. Heer, U. Gantner, R. Raaflaub, P. Kästli, U. Siegenthaler, U. Wenger, P. Aeschmann, F. Ruta, J. Aebersold (30)

Interpellation Raaflaub (FDP) Vorsicht Bildschirm!

Es ist erwiesen, dass immer mehr Jugendliche (vornehmlich Knaben) gamen und somit einen erhöhten Bildschirmkonsum haben. Vor allem die Videogames, in denen Rollen gespielt werden, sind eine grosse Gefahr: Es handelt sich dabei häufig um Gewaltspiele. Die Jugendlichen werden Krieger im Mittelalter, welche mit dem Schwert möglichst viele Gegner aus dem Weg räumen müssen, um den Punktestand zu erhöhen. Dadurch gelangen sie in eine höhere Schwierigkeitsstufe. Auch als Gangster oder Polizisten mit Pistolen und Maschinengewehren versuchen sie in einer realitätsnahen Umgebung dasselbe zu erreichen. Neben der immensen Zeit, welche solche Spiele beansprucht, machen sie die Jugendlichen erwiesenermassen süchtig. Im Kanton Genf zum Beispiel wird eine bisherige Drogenrehabilitationsstelle mit einer Abteilung für Videospiel-Süchtige erweitert! Die Jugendlichen sind oft nicht mehr in der Lage, Realität und Spiel unterscheiden zu können, was zu erhöhter Gewaltbereitschaft im Alltag führt. Die schulischen Leistungen sinken merklich. Oft haben die Eltern keine Ahnung, dass ihre Kinder solche Spiele machen. Da am Computer auch für die Schule gearbeitet werden muss, geben sich die Eltern oft mit der Erklärung "Ich muss für die Schule arbeiten" zufrieden. Um der rasanten Entwicklung der Spielindustrie mit immer mehr Gewalt und komplexeren Spielen entgegenzutreten, besteht dringend Informationsbedarf.

1. Teilt der Gemeinderat die zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen?
2. Ist der Gemeinderat bereit, die Schulkommission zu ersuchen, geeignete Veranstaltungen durchführen zu lassen, z. Beisp. Elternabende zur Sensibilisierung der Erziehungsberechtigten unserer Schülerinnen und Schüler und um auf die Gefahren dieser Videospiele aufmerksam zu machen?
3. Ist der Gemeinderat bereit, geeignete Unterlagen zur Verfügung zu stellen, in welchen Erkenntnisse aus Studien zur Auswirkung des Bildschirmkonsums einfach und verständlich beschrieben sind?

Gümligen, 20. März 2007

R. Raaflaub (FDP)

Einfache Anfrage Schönenberger (Forum) betreffend Rodungen im Froumholz

Im vorderen Teil des Froumholz (Autobahnausfahrt Muri, Thun Richtung Bern) wird zurzeit massiv gerodet. Aus welchem Grund und wozu muss hier so viel Wald weichen? Besteht in irgendeiner Form eine planerische Grundlage für diesen Holzschlag?

Muri, 20. März 2007

D. Schönenberger (Forum)

Die zuständige Ressortvertreterin, Beatrice Pulver-Schober, beantwortet diese Anfrage mündlich. Der Gemeinderat und die Verwaltung hätten von diesem Holzschlag keine Kenntnisse gehabt, für die Bewilligung sei das Kreisforstamt zuständig. Die Arbeiten stünden mit den Planungsarbeiten des kantonalen Tiefbauamtes betreffend Sanierung des Unfallschwerpunktes Autobahnausfahrt Muri in keinem Zusammenhang. Auf Anfrage habe der Revierförster Ueli Hegg mitgeteilt, es habe dort in den letzten Jahren ziemlich viel Windfangholz gehabt. Die dortigen Fichten seien zudem stark von Borkenkäfern befallen. Er habe daher entschieden, im Sinne eines Neustartes grobflächig abzuholzen. Von einer Verlegung der Autobahnausfahrt habe er absolut keine Kenntnis. Sie hoffe, mit diesen Ausführungen gedient zu haben.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Pia Aeschmann (Forum) führt aus, sie danke Ruth Raaflaub für das Organisieren des Ski-Tages. Es habe Spass gemacht und sie fordere alle auf, falls im nächsten Winter wiederum ein solcher Ausflug stattfinden werde, daran teilzunehmen. Es sei schön, sich einmal in einem anderen Umfeld zu begegnen.

Die Vorsitzende gibt bekannt, Ralf Grubwinkler (jf) trete per Ende März 2007 aus dem Parlament zurück und verlasse gleichzeitig aus beruflichen Gründen die Gemeinde Muri bei Bern. Sie danke ihm an dieser Stelle für seinen Einsatz und wünsche ihm alles Gute. Sie werde ihn vermissen. Als Nachfolger werde an der nächsten Sitzung Cyrill Diem (jf) teilnehmen.

An der heutigen Sitzung sei die Einladung zum nächsten GGR-Ausflug verteilt worden, welcher am 5. Juni 2007 stattfinden werde. Sie hoffe auf ein zahlreiches Erscheinen.

Die dritte Mitteilung sei leider eine traurige. Herr Fritz Schneiter sei gestern, am 19. März 2007, verstorben. Am 4. Mai 2007 hätte er seinen 100. Geburtstag feiern dürfen. Er habe seine letzten Tage im Pflegeheim verbracht. Herr Fritz Schneiter sei nicht nur Notar und Grossrat gewesen, sondern auch von 1941 bis 1944 sowie 1957 bis 1964 Mitglied und von 1945 bis 1956 Präsident des Gemeinderates Muri bei Bern gewesen. Ein Nachruf für diese angesehene Persönlichkeit werde erfolgen. Sie bitte um eine Gedenkminute.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Barbara Künzi-Egli

Simon Laager